



Uster, 19. Mai 2025
Nr. 619/2025
V4.04.71

Postulat 619/2025 von Andreas Pauling (Grünliberale), Marco Kranner (Grünliberale) und Josua Graf (Grünliberale):

Transparenz bei denkmalpflegerischen Entscheiden

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und zu berichten, wie die Verfahren, die zu denkmalpflegerischen Entscheiden führen, verbessert werden können, um mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Die Prüfung soll sich sowohl auf denkmalpflegerische Gutachten im Rahmen von Baubewilligungsverfahren als auch auf den Ablauf der Eintragung in das Denkmalschutzregister beziehen.

Konkret soll:

- der Prozess, welcher zu einem Eintrag ins Denkmalschutzregister führen, dargelegt werden;
- aufgezeigt werden, wo in diesen Prozessen die Einflussnahme von Bauherrschaften bzw. Grundeigentümern möglich ist;
- der bestehende Handlungsspielraum sowie Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der kommunalen Denkmalpflege, Stadtbildkommission und Baubehörde klar benennt und dokumentiert werden (auch in Bezug auf Photovoltaikanlagen und Wärmedämmungen);
- ein Massnahmenkatalog zur besseren Einbindung der Bauherrschaften erarbeitet werden;
- die Anzahl sowie die Begründung von Rückweisungen von Schutzanträgen der Denkmalpflege durch den Stadtrat der letzten 5 Jahre aufgezeigt werden.

Begründung

Der Denkmalschutz ist im Grundsatz unbestritten. Die historische Bausubstanz verleiht vielen Gebäuden in der Stadt Uster ihren einmaligen Charakter und muss erhalten bleiben. Mit der Zeit ändern sich aber die Nutzeransprüche und der Erhalt der Bausubstanz wird sehr teuer. Es muss also immer eine Interessensabwägung zwischen Nutzeransprüchen und Denkmalschutz geben.

In letzter Zeit wurden vermehrt Fälle bekannt (z.B. Schulliegenschaften wie im Talacker), wo denkmalpflegerische Auflagen dringend benötigte Umbauten oder Sanierungen stark verzögerten, massiv verteuerten oder sogar fast unmöglich gemacht haben. Die Balance zwischen Nutzer und Denkmalschutz scheint in Schieflage geraten zu sein.

Da die massive Verteuerung auch die Stadtfinanzen spürbar betrifft, besteht ein starkes öffentliches Interesse an der Diskussion, welche Kosten der Denkmalschutz verursachen darf und welche Handlungsmöglichkeiten die Stadt hat. Deshalb soll der Bericht auch exemplarisch an einigen städtischen Bauprojekten aufzeigen (z.B. Apothekerstrasse, oder Bauprojekt Friedhofgebäude), welche Kosten die Gesamtheit der denkmalpflegerischen



Prozesse (Verzögerungen, zusätzliche admin. Arbeiten/Planungen, teurere Bauphase, sowie alle weiteren zusätzlichen Folgekosten) verursachten.

Auch im Prozess der Unterschutzstellung von Objekten soll mehr Transparenz geschaffen werden. Neben dem Prozess und den angewendeten Kriterien soll insbesondere auch an konkreten Beispielen aufgezeigt werden, wer beim Prozess der Eintragung in das Register die Kontrollfunktion des Denkmalschutzgremiums wie wahrnimmt. Auch die Rolle der Stadtbildkommission soll in die Erläuterungen integriert werden.

Uster, 19. Mai 2025

Andreas Pauling

Marco Kranner

Josua Graf